

Deutsche Wiedervereinigung: Geteilte Freude

Warum es wichtig ist, dass aus der Einheit bis heute keine Einheitlichkeit wurde.

Von Martin Machowecz

30. September 2020, 16:54 Uhr Editiert am 3. Oktober 2020, 10:47 Uhr DIE ZEIT

Nr. 41/2020, 1. Oktober 2020 489 Kommentare



Alexanderplatz, Berlin-Mitte, 1983 und 2019 © Harald Hauswald/Ostkreuz

Geteilte Freude – Seite 1

Es gibt eine hohe statistische Wahrscheinlichkeit, dass Sie, die Leserin oder der Leser dieses Textes, in Westdeutschland leben; dass Sie in einem westdeutschen Bundesland aufgewachsen sind. Und dass Sie sich ein bisschen wundern, vielleicht auch ärgern über den, nun, Stand der deutschen Einheit.

Deshalb vier Fragen zum Selbsttest:

1. Irritiert es Sie, wie viele Ostdeutsche in den vergangenen Jahren angefangen haben, ihre Wut auf die Straße zu tragen? Erwischen Sie sich manchmal bei dem Gedanken: Die können sich ja gar nicht mehr beruhigen?
2. Schütteln Sie den Kopf über die Wahlergebnisse in Sachsen oder Brandenburg, wo die AfD Ergebnisse um die 25 Prozent erzielt?
3. Haben Sie mitunter Angst, dass da vom Osten her etwas übers Land schwappt – eine Welle von schlechter Laune und Enttäuschung?

4. Und insgesamt: Fragen Sie sich manchmal, warum die Ostdeutschen weiterhin so unzufrieden sind, obwohl doch seit 30 Jahren alles getan wird, ihre Städte hübscher, ihre Leben glücklicher zu machen?

Wenn Sie einige oder gar alle Fragen mit Ja beantworten können, müssen Sie sich nicht schämen. Es wird die meisten Ostdeutschen nicht wundern, auch nicht den ostdeutschen Autor dieses Textes. "Wir" im Osten wissen, dass "Sie" im Westen irritiert sind. Dass Sie dachten, "wir" alle wären weiter, gleicher.

Aber jetzt sieht man, dass es anders ist, dass es immer anders war. All das Zornige und Trotzige der Ostdeutschen in den vergangenen Jahren war Teil einer Emanzipation. Es ist kein Rückschritt, kein Wiederaufreißen alter Wunden. Die Wunden waren nie zu. Es ist, im Gegenteil, ein Ende des Selbstbetrugs eingeläutet: Die Deutschen tun nicht mehr so, als wären sie gleich und würden immer gleicher. Der 3. Oktober 2020 könnte das erste ehrliche Einheitsjubiläum werden: Wir feiern unsere selbstbewusste Verschiedenheit.

Wenn die Deutschen in den vergangenen 30 Jahren den 3. Oktober gefeiert haben, war das oft krampfhaft. Man habe, sagt der Soziologe Raj Kollmorgen, einen fiktiven Konsens inszeniert, wollte zeigen, wie nahe wir uns schon sind. Das Ziel allen Feierns war: Kein Ost, kein West mehr, ein Vaterland! Das Land verwechselte Einheit mit Einheitlichkeit.

Dass Ost und West sich annähern müssen, dass vor allem Ost sich an West annähern müsse: Das war das zentrale Ziel seit 1990. Die Osis sollten werden wie die Wessis, aber ohne deren Macht. Jetzt drehen die Osis das um: Sie wollen nicht werden wie die Wessis, aber Macht wollen sie schon.

Man kann das sehr gut an einer kleinen Revolution beschreiben, zu der es im Frühsommer 2020 kam. In Karlsruhe stand die Wahl eines neuen Bundesverfassungsrichters an, die SPD-Ministerpräsidenten hatten turnusgemäß das Vorschlagsrecht, und einige der brilliantesten Juristen der Republik waren im Gespräch. Doch dann geschah etwas Unerhörtes: Die ostdeutschen SPD-Regierungschefs, voran Dietmar Woidke aus Brandenburg, widersetzten sich dem üblichen Verfahren.

Der Osten wird anders bleiben

Dazu muss man wissen, dass von den 16 Bundesverfassungsrichtern kein einziger aus dem Osten stammte, seit 1990 nicht. Weshalb erst Woidke, dann auch Manuela Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern und bald parteiübergreifend alle ostdeutschen Ministerpräsidenten vehement darauf bestanden, dass nun ein Ossi an der Reihe sei.

Am Ende wurde Ines Härtel, geboren 1972 in Staßfurt, neue Bundesverfassungsrichterin; eine, mit der niemand gerechnet hatte. "Ostdeutsche Lebenserfahrung muss neben der juristischen Expertise auch an diesem Gericht in die Beurteilung von Rechtsfragen eingehen", sagte Woidke.

Interessant ist das, weil in Woidkes Worten zwei Gedanken stecken. Der eine: Der Osten wird anders bleiben. Die zweite: Gerade weil er anders bleibt, muss er mehr mitreden.

Und genau das passiert: Die Ostdeutschen fangen an, ein eigenes Selbstbewusstsein zu entwickeln. Sie begegnen den Westdeutschen nicht mehr unterwürfig oder jammernd, sondern zunehmend forsch. Sie fordern, was sie nie zu fordern gewagt haben.

Es stimmt ja: 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei. Diese Republik ist Westdeutschland, ergänzt um fünf neue Länder. Die großen Unternehmen sitzen im Westen, die Fernsehsender, die wichtigen Zeitungen. Das Nettovermögen eines westdeutschen Haushalts ist zweieinhalbmal so groß wie das eines ostdeutschen. Zweieinhalbmal!



Alexanderplatz, Berlin-Mitte, 1989 ... © Harald Hauswald/Ostkreuz



... und 2019 © Harald Hauswald/Ostkreuz

Aber die Ostdeutschen merken gerade, dass sie dennoch etwas bewegen können. "Es gibt jetzt eine ostdeutsche Erfahrung", sagt die SPD-Frau Petra Köpping, Sachsens Ministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. "Man kann uns nicht ignorieren, wenn wir es nicht zulassen."

Es spricht nichts dagegen, bei allen Reibereien zunächst einen Satz dick zu unterstreichen: Die Einheit ist ein Glück für Deutschland, das finden die Menschen in Ost und West in überwältigender Mehrheit. Es gibt so gut wie niemanden, der sich ernsthaft die Teilung zurückwünschen würde. Aber es gab verschiedene Phasen des deutsch-deutschen Verständnisses, mindestens vier:

1990, als der Osten selbst mit aller Kraft wie der Westen werden wollte, gab es eigentlich nur ein Gefühl: Euphorie.

Doch schon 1991, spätestens 1992/93, begann die lange Zeit des Missverstehens. Die Ostdeutschen erlebten, dass die Jobs wegbrachen, dass die Einheit enorme Härten hatte – und dass die Westdeutschen das alles zwar sahen, sich dafür im besseren Fall aber kaum interessierten. Oder es im schlechteren Fall sogar ausnutzten.

Ein Bruch mit der Passivität

Schwer zu sagen, wann Phase drei begann: die Phase, in der sich eine gewisse Nachwende-Normalität einstellte, in der das große Schweigen ausbrach über die meisten Probleme. Spätestens mit dem Amtsantritt von Angela Merkel im Jahr 2005 glaubten die Deutschen, ihre Einheit sei vollendet. War Merkel nicht der Beweis?

Es war beim Einheitsjubiläumsfest von 2015 in der Frankfurter Paulskirche, als diese Illusion nicht mehr zu halten war. Der Osten stellte damals die beiden wichtigsten Repräsentanten dieses Staates, den Bundespräsidenten Joachim Gauck und die Bundeskanzlerin. Gauck muss damals schon geahnt haben, dass das mit dem Verschweigen der Unterschiede künftig nicht mehr klappen würde.

Die sogenannte Flüchtlingskrise war auf ihrem Höhepunkt. In Dresden hatte sich eine Bewegung namens Pegida in Marsch gesetzt. Und Gauck sprach in seiner Rede mehr von den Flüchtlingen als von der Einheit. Er brachte sogar beides miteinander in Verbindung. "Es gilt, wiederum und neu, die innere Einheit zu erringen", sagte er, und zwar die innere Einheit im Umgang mit den Migranten.

Man muss heute nicht mehr lange erzählen, was danach geschah: Der Protest gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung schwoll zuerst im Osten immer weiter an. Die AfD schaffte es in sämtlichen Ostländern, zweitstärkste Kraft in den Landtagen zu werden, aber sie hatte auch im Westen Erfolge. Der Osten begehrte auf, weil viele Ostdeutsche das Gefühl hatten: Hier wird eine Politik etabliert, die wir nicht wollen.

Doch verschwand die AfD auch nach der Flüchtlingskrise nicht wieder. Sie ist seither immer größer geworden. Weil die AfD für mehr steht als Migrationskritik, eben für den Zweifel am System: Das Gefühl, nicht richtig mitreden zu können, haben die Ostdeutschen nicht exklusiv, das gibt es auch in Dormagen oder Ulm. Im Osten ist das Gefühl aber besonders verbreitet. Weil hier eine ganze Region der Meinung ist, zu wenig gefragt zu werden.

Und was, bitte, soll daran Mut machen?



Eselsbrücke, Berlin-Prenzlauer Berg, 1984 ... © Harald Hauswald/Ostkreuz



... und 2019 © Harald Hauswald/Ostkreuz

Dass gerade im Osten so heftig protestiert wird, das ist zwar hart. Aber es ist auch ein Bruch mit der Passivität. Das Aufbegehren brachte den Ostdeutschen Einfluss. Seither stehen sie im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: Im Jahr 2020 ist es endlich unvorstellbar, dass ein westdeutscher Politiker sich überhaupt nicht für den Osten interessiert. Wer heute etwas werden will in der deutschen Politik, muss nachts im Halbschlaf den Satz sagen können: "Wir müssen die Lebensleistungen der Ostdeutschen anerkennen."

Die ostdeutschen Ministerpräsidenten machen zunehmend ihr eigenes Ding, sie sind jetzt ein kulturelles und politisches Gegengewicht. In Wahrheit hilft das dem ganzen Land. Der Demokratie geht es besser, Streit wird produktiver, wenn er gleichberechtigt geführt wird.

Das wird anstrengend genug. Bei der Bundestagswahl 2017 stammten gleich drei Spitzenkandidaten großer Parteien aus dem Osten. Die Bundestagswahl 2021 wird die westdeutsche seit zwei Jahrzehnten sein. Als wäre es ganz selbstverständlich, dass nach der Ost-Kanzlerin ganz lange gar nichts mehr kommen muss.

Werden die nächsten 30 Jahre also etwa noch mal genauso stressig? Kann schon sein. Mit der neuen deutschen Souveränität lässt sich das aber leichter ertragen: Man lässt die andere Hälfte sein, wie sie ist – selbst wenn man's manchmal irre findet.